

# Denkanstöße für eine neue Geldordnung

Ausblick auf den Vortrag von Kris Kunst am 01.12.2014 im Club Voltaire

Kunst verfolgt generell das Ziel einer demokratischen Wirtschaftsordnung, die nicht mehr – wie die heutige – systemisch dazu tendiere, soziale Ungleichheit, ökologische Zerstörung und Machtkonzentration hervorzubringen. „Marktwirtschaft ohne Kapitalismus“ sei möglich und angesichts der negativen historischen Erfahrungen mit Realsozialismus und Finanzmarktkapitalismus sogar die naheliegende Option für das 21. Jahrhundert.

## Kritik an der bestehenden Geldordnung

Neben der generellen Eigentumsordnung und Marktmacht-Beschränkungen sei für eine Wirtschaftsordnung die Frage zentral, wie die Geldordnung organisiert sei. Mit der gastgebenden „Initiative Neue Geldordnung“ (NGO) stimmt er in der Vermutung überein, dass sich angesichts der zuspitzenden Krisen im Finanzsektor und der Diskreditierung der bestehenden Geldordnung an dieser Stelle möglicherweise schon in den nächsten Jahren Möglichkeiten für einen Umbau ergeben könnten.

Kunst versteht unter „Geldordnung“ die Institutionen und Regelungen, die Geld erzeugen und vernichten wie auch jene, die die Verwendung des Geldes im Wirtschaftskreislauf oder seine Anhäufung vorherbestimmen. Kunst wird darlegen, wie die bestehende Geldordnung die Tendenz zu Machtanhäufung, sozialer Ungleichheit und systemischer Instabilität unterstütze.

## Entwurf für eine neue Geldordnung

Anstatt nun im nächsten Schritt einzelne Reformvorschläge für Teilbereiche zu machen, geht Kunst anders herum vor: Er entwirft eine „ideale“ Geldordnung als „konkrete Vision“. Sie könne als Orientierung für die strategischen Linien und letztendlich konkreten Reformen dienen, die man in der politischen Praxis verfolge. Die Eckpunkte seines Vorschlags umfassen:

- a) Vollgeld-System und Geldschöpfung ausschließlich von der öffentlichen Zentralbank (Monetativen-Gedanke).
- b) Abkoppelung der Geldversorgung der Realwirtschaft insb. zum Zweck der Investitionsfinanzierung von privaten Finanziers – hin zu öffentlichen und gemeinnützigen Banken ohne Gewinnzweck. Die Innenfinanzierung der Unternehmen durch Rücklagen bliebe davon unberührt.
- c) Abkoppelung der Staatsfinanzierung von Steuern und Verschuldung bei Privaten – stattdessen die direkte Finanzierung des öffentlichen Sektors über die unabhängige Zentralbank.

Bei all diesen Umbaumaßnahmen sollen zugleich neue Elemente der demokratischen Mitbestimmung eingebaut werden, die die politische Demokratie in die Geldordnung hinein verlängern (Primat der Politik herstellen). Kunst behauptet, dass auf diese Weise selbst diesseits einer grundlegenden Reform der Eigentumsordnung wichtige Weichen für die gesellschaftliche Entwicklung neu gestellt werden können.

## Tagespolitische Relevanz – drei zusätzliche strategische Optionen

Kunsts Vorschläge bieten Lösungswege für drei zentrale aktuelle Probleme im Euro-Raum: Die Staatsverschuldung, die mangelnde gesamtwirtschaftliche Nachfrage und die mangelnde Fähigkeit und Willigkeit des privaten Bankensektor, die Realwirtschaft mit Geld zu versorgen:

Das aktuelle Problem Staatsfinanzierung: Die heutigen sozialen Bewegungen fordern meistens eine „Umfairteilung“ über Steuern ein: Höhere Einkommens-, Körperschafts-, Vermögens- und Erbschaftssteuern sollen die Unterfinanzierung der öffentlichen Haushalte beenden. Das stößt jedoch auf starke Widerstände. Konservative Regierungen lehnen Steuererhöhungen strikt ab. Aber immerhin unternimmt die Politik nun erste Anstrengungen, das internationale Steuerdumping zu beenden.

In einem parallelen Strang geht es insbesondere auf der Ebene der EU und des Euro-Raumes jedoch gerade in die Richtung, dass die EZB direkt oder indirekt Staatshaushalte in südeuropäischen Ländern unterstützt. Ähnliche Tendenzen gibt es in den USA mit der Fed. „Direkte Staatsfinanzierung“ im Sinne von Kunsts Konzeption findet somit verdeckt zumindest in Ansätzen schon statt – heftig angefeindet von orthodoxen Geldpolitikern gerade aus Deutschland. Nun könnte sich die Möglichkeit für die sozialen Bewegungen ergeben, diese Tendenz zu nutzen und in die eigene Strategie einzubauen – sozusagen aus der aktuellen „Not“ der EZB eine „Tugend“ im Sinne einer anderen Geldordnung zu machen.

Das aktuelle Problem Nachfragemangel: Die Realwirtschaft leidet vor allem (aber nicht nur) in Südeuropa unter Nachfrage-Mangel, so dass sich zu geringe Investitionsanreize für Unternehmen ergeben. An dieser Stelle könnten öffentliche Konjunkturprogramme zusätzliche Nachfrage schaffen. Dieses wird zur Zeit aber dadurch verhindert, dass dieses im heutigen System sofort eine höhere Staatsverschuldung bei Privaten hervorruft. Eine direkte Staatsfinanzierung über die Zentralbank (siehe oben) könnte solche Programme auch ohne eine höhere Verschuldung ermöglichen. Die zusätzlichen Staatsausgaben könnte zugleich an politische Vorgaben geknüpft werden (z.B. Förderung der Energiewende)

Das aktuelle Problem Unternehmensfinanzierung: Wollen Unternehmen investieren, stoßen sie bei den Geschäftsbanken allzu häufig auf eine sehr restriktive Kreditvergabepraxis („Kreditklemme“). Selbst die Versuche der EZB, durch eine Ausweitung der Geldbasis die privaten Geschäftsbanken zur Kreditvergabe zu animieren, laufen weitgehend ins Leere. An dieser Stelle würde die von Kunst vorgeschlagene Installation öffentlicher Banken ohne Gewinnziel greifen, die auch dann Kredite vergeben, wenn private Geschäftsbanken keine vergeben.

Auch diese Kreditvergabepraxis könnte zugleich an politische Vorgaben geknüpft werden (z.B. Förderung der Energiewende). Somit könnten sowohl über den Strang öffentlicher Ausgaben wie auch privater Investitionen die großen Herausforderungen des 21. Jahrhunderts zum ökologischen Umbau angegangen werden.